

Datum: 05.11.2016

 **südostschweiz**

gedruckt & mobil [suedostschweiz.ch](http://www.suedostschweiz.ch) ANNO DOMINI 1848

Ausgabe Gaster & See

Die Südostschweiz / Gaster & See
8730 Uznach
055/ 285 91 00
www.suedostschweiz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 5'904
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



 **erdgasobersee**

Themen-Nr.: 715.004
Abo-Nr.: 3003972
Seite: 3
Fläche: 78'482 mm²



«Steuerkraft gestiegen»:
Stadtpräsident Erich Zoller
hält die beantragte
Steuersenkung für
nachhaltig. Bild Pascal Büsser

ARGUS 
MEDIENBEOBACHTUNG

Medienbeobachtung
Medienanalyse
Informationsmanagement
Sprachdienstleistungen

ARGUS der Presse AG
Rüdigerstrasse 15, Postfach, 8027 Zürich
Tel. 044 388 82 00, Fax 044 388 82 01
www.argus.ch

Argus Ref.: 63300695
Ausschnitt Seite: 1/3



Nun will auch der Rat die Steuern senken

von Pascal Büsser

Der Stadtrat von Rapperswil-Jona beantragt der Bürgerversammlung, die Steuern von 90 auf 80 Prozent zu senken. Möglich macht dies der Verkauf der Mehrheit der Erdgas-Obersee-Aktien und die steigende Steuerkraft der Stadtbewohner. Pikant: 2015 stellte sich mindestens ein bürgerlicher Stadtrat gegen eine Steuersenkung.

Von 90 auf 80 Prozent will der Stadtrat von Rapperswil-Jona die Steuern senken. Das beantragt er der Bürgerversammlung vom 1. Dezember. Damit würde die Stadt auf Platz 1 des Kantons-Rankings vorrücken. Möglich macht die Steuersenkung zum einen der Verkauf von zwei Dritteln der Aktien der Erdgas Obersee AG (Ausgabe vom 27. Oktober). Das bringt der Stadt 44 Millionen ein, die der Stadtrat für den Schuldenabbau verwenden will. Laut Stadtpräsident Erich Zoller ermöglicht das, den Steuerfuss um fünf bis sechs Prozent zu senken.

«Die restlichen vier bis fünf Prozent ergeben sich aus der Entwicklung der Steuereinnahmen», erklärte Zoller gestern den Medien im Stadthaus. «Während sie bei den juristischen Personen leicht zurückgingen, liegen sie bei den natürlichen Personen deutlich über dem Budget.» Statt mit einer roten Null werde die Laufende Rechnung 2016 mit einem satten Überschuss von mehreren Millionen abschliessen. So wie dies bereits in den beiden Vorjahren der Fall war.

Bürgerliche Blockade gelöst

Erstaunen mag, dass derselbe Stadtrat, der im letzten Dezember noch eine Steuersenkung um zwei Prozent ablehnte, nun gleich einen Sprung um zehn Prozent machen will. «Eine Steuersenkung wäre auch im letzten

Jahr schon dringlegen», räumte Zoller gestern ein. Die bürgerlichen Parteien hatten eine solche gefordert.

Gegenüber der «Südostschweiz» liess Zoller bei anderer Gelegenheit durchblicken, dass er selber als Finanzchef die Steuersenkung im letzten Jahr für vertretbar hielt. Trotz bürgerlicher Mehrheit beantragte der Gesamtstadtrat jedoch der Bürgerschaft, den Steuerfuss beizubehalten. Mindestens ein bürgerlicher Stadtrat stellte sich also letztes Jahr hinter verschlossenen Türen gegen die Steuersenkung.

Neben Zoller sitzen als Bürgerliche im Rat CVP-Parteikollege Roland Manhart sowie für die FDP der abtretende Markus Gisler und Thomas Rüegg, der inzwischen Martin Stöckling fürs Präsidium unterstützt. Zoller musste als Finanzchef den unliebsamen Entscheid der Gesamtbehörde vor der Bürgerschaft vertreten, gegen die bürgerlichen Parteien. Ein Schelm, wer bürgerlichen Mitgliedern des Stadtrats taktische Manöver gegen den Präsidenten unterstellt.

Mehr und reichere Einwohner

Aus Sicht des Stadtrats ist die nun beantragte Steuersenkung nachhaltig. «Die Steuerkraft hat sich in der Stadt stark erhöht», so Zoller. Vor fünf Jahren machte ein Steuerfussprozent in der Stadt rund 750 000 Franken aus, inzwischen sind es bereits 800 000 Franken, wie er vorrechnete. Grund: Mehr Wohlhabende sind zugezogen,

und jenen, die bereits hier wohnen, geht es finanziell besser. Deshalb sei auch die GPK mit den Plänen einverstanden, so Zoller.

Ein «kleines politisches Risiko» gibt es allerdings: Die Bürgerversammlung stimmt am 1. Dezember über die Steuersenkung ab. Erst im Juni 2017 wird sie über die Verwendung der 44 Millionen Franken entscheiden, die der Verkauf der Erdgas-Aktien einbringt. Nur wenn dieser Gewinn, wie vom Stadtrat vorgeschlagen, zur Schuldentilgung eingesetzt wird, ist die Steuersenkung um zehn Prozent nachhaltig. «Ansonsten müsste der Stadtrat im Dezember 2017 wieder eine Erhöhung um fünf Prozent beantragen», erläutert Zoller. «Wir gehen aber davon aus, dass wenn die Bürger A sagen, sie auch B folgen lassen.» Trotz Steuersenkung: Auch 2017 steigt der budgetierte

Aufwand der Stadt «moderat» an, wie Zoller sagt. Der Sachaufwand steigt um 900 000 Franken oder drei Prozent. Der Personalaufwand um 1,2 Millionen oder 1,8 Prozent. Neue Stellen beantragt die Stadt unter anderem für den Betrieb der Turnhalle Weiden, das zusätzliche Eis im Lido sowie die neu geplanten Fachstellen Sport sowie Alter und Gesundheit.



Ausgabe Gaster & See

Die Südostschweiz / Gaster & See
8730 Uznach
055/ 285 91 00
www.suedostschweiz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 5'904
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 715.004
Abo-Nr.: 3003972
Seite: 3
Fläche: 78'482 mm²

St. Galler Steuerranking

Top 4 und grösste Städte im Vergleich (Stand 2016)

Gemeinde	Steuerfuss
Balgach	80
Mörschwil	92
Tübach	85
Rapperswil-Jona	90
Gossau	126
Wil	129
St. Gallen	144

Quelle: Steueramt St. Gallen, Grafik: Südostschweiz

Erdgas-Geld soll auch in Energie-Fonds fließen

Mit dem Erlös von 44 Mio. Franken aus dem Verkauf der Erdgas-Aktien will der Stadtrat neben dem Schuldenabbau auch einen **Fonds für erneuerbare Energien schaffen** – mit einer Einlage von drei Millionen Franken. Mit dem Geld soll die Installation erneuerbarer Energie-Anlagen bei den 220 Liegen-

schaften der Stadt gefördert werden. Ziel ist es laut Bauchef Thomas Furrer, im Schnitt rund 300 000 Franken pro Jahr zu investieren. Das wären etwa zwei Promille des Stadtbudgets. Die **Stadt kommt damit einem Antrag der UGS nach**, der an der letzten Budgetversammlung angenom-

men wurde. Diese forderte den Einsatz von einem Promille. Ebenfalls zur Abstimmung kommt am 1. Dezember der **Wettbewerbskredit über 400 000 Franken für das Alters- und Pflegezentrum Schachen**. Letzte Woche hatte die Stadt öffentlich darüber informiert (Ausgabe vom 26. Oktober). (pb)